

Erscheint wöchentlich drei Mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Vierteljährlicher Pränumerationspreis für Einheimische 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Vog-Anstalten 18 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittag 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die einspaltige Corpus-Beile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

N. 102.

Sonnabend, den 30. August.

1862.

Thorner Geschichts-Kalender.

30. August 1848. Die Fortification ordnet die Armirung der Festung an.
31. " 1706. Peter Sänicen wird als Rektor des Gymnasiums eingeführt.
" " 1840. Der Stadtschreiber Carl Wachschlager stirbt.
1. Septbr. 1567. Dr. Simon Musäus wird zum Pfarrer an der Marienkirche berufen.

Landtag.

41. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 26. August. Auf der Tagesordnung standen Petitionsberichte. Zuerst wurde der vierte Bericht berathen. Mitglieder der freien Religionsgesellschaft in Magdeburg und der Baptistengemeinden in Berlin, Memel, Templin, Elberfeld, Barmen und Nees petitioniren um Ertheilung von Korporationsrechten für ihre resp. Gemeinden. Die Kommission hat beantragt, sämtliche Petitionen der Staatsregierung mit dem Antrage zu überweisen, in der nächsten Session des Hauses demselben Gesetzesvorlagen zu unterbreiten, durch welche den genannten Gemeinden Korporationsrechte verliehen werden. Der Kommissionsantrag wird angenommen. — Bei der folgenden Petition welche gegen die polizeiliche Ueberwachung der freien Gemeinden gerichtet ist, wird von der Kommission Tagesordnung beantragt. Abgeordneter Ebertz beantragt eine der Petition günstigere motivirte Tagesordnung. Er sowie Krause begründen diese motivirte Tagesordnung, jedoch wird die einfache, gegen die Fortschrittspartei angenommen. In der 3. Petition beschwerten sich mehrere Mitglieder der freien Gemeinde zu Magdeburg über die Ausschließung der Soldaten von ihren Erbauungen durch den General v. Schad. Die Kommission empfiehlt Ueberweisung. Ihr Antrag wird angenommen.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 27. August. Die Hansestädte beabsichtigen, ein norddeutsche Union mit gemeinschaftlicher diplomatischer Vertretung und gleicher deutschfarbiger Flagge anzubahnen. Der Beitritt steht jedem Bundesstaat offen. — Den 28. Die Küstenbefestigungs-Commission in Hamburg hat den Bau von Forts an der Ost- und Nordsee genehmigt. Damit aber ist noch nicht gesagt, daß diese Forts wirklich erbaut werden — so schnell geht es nicht mit der Förderung gemeinsamer deutscher Angelegenheiten; — sondern vorläufig hat die Küstenbefestigungs-Commission nur beschlossen, der Bundesversammlung die Anlegung bestimmter Werke vorzuschlagen. Bis dieser Vorschlag zum Bundesbeschlusse erhoben und dieser Beschluß in Ausführung gebracht sein wird, ist noch eine Reihe von Verhandlungen zu durchlaufen, während welcher die ganze Angelegenheit an der Eifersüchtelei des einen oder anderen Bundesstaats leicht scheitern kann. — Den 29. In der gestrigen Sitzung der Handels-Commission des Abgeordnetenhauses machte die Regierung Mittheilungen über die an Baiern abgeschickte Depesche in Angelegenheit des deutsch-französischen Handelsvertrages, wünschte jedoch, daß dieselben für einige Tage als „vertrauliche“ angesehen würden. Die Mittheilungen erregten in der Commission allgemein lebhaftes Befriedigung. In Folge dessen wurden die bisherigen Resolutionen sämtlich zurückgezogen und auf den Antrag Michaeli's eine Subcommission von 7 Mitgliedern zur sofortigen Entwerfung einer Vertrauens-Resolution eingesetzt. Die Commission vertagte sich darauf auf eine halbe Stunde. — Nach der „N. Pr. Ztg.“ hat Se. Majestät der König für den Aufenthalt im Seebade Doberan eine längere Dauer bestimmt und ist dieserhalb bereits auch die Tauffeierlichkeit im Neuen Palais zu Potsdam auf Sonnabend, den 13. September, verschoben worden. Unter den hohen Herrschaften, welche bei dem prin-

zlichen Taufklinge Paphenstelle übernehmen und dem Taufakte persönlich beiwohnen werden, befindet sich auch der Prinz Alfred von Großbritannien. Die Frau Kronprinzessin erfreut sich mit dem prinzlichen Kinde des besten Wohlseins und hat bereits seit mehreren Tagen das Bett verlassen.

Carlsruhe, 25. August. Das Handelsgesetzbuch tritt in Baden mit dem 1. Januar 1863 ins Leben; die neue Gewerbeordnung (Gewerbefreiheit) verzögert sich unerwartet lange zum großen Leidwesen unzähliger Wartender; die Verwaltungsorganisation, ein langersehntes 48er Kind, soll dagegen innerhalb des Ministeriums raschen Entwicklungsgang eingeschlagen haben.

Hannover, den 25. August. Der jähe Sturz des Ministers Borries kann im ganzen Lande nur die Gefühle der Befriedigung und Genugthuung erregen. Sein nach allen Seiten hin verderblich wirkendes System lastete sieben lange Jahre auf dem früher so harmlosen und zufriedenen Lande. Ueberall die tiefste Verstimmung und Verbitterung, wie sie sich noch jüngst in bisher hier unerhörten bedauerlichen Vorfällen Luft gemacht hat. Das hannoversche Volk ist nach der Wanderung durch diese wüsten sieben Jahre in seinem innersten Wesen wie umgewandelt. — Ueber den Nachfolger des Minister Borries verlautet noch nichts bestimmtes. Wer auch an seine Stelle treten mag, sein System vermag er nicht mehr fortzusetzen. Das System war schon gebrochen, ehe Borries entlassen wurde. Bei der veränderten Weltlage und der veränderten Zeitströmung war das System bereits eine Unmöglichkeit geworden, und nur in Folge dessen mußte auch Borries fallen. Der Anlaß fand sich natürlich leicht. Er selbst hatte seine Unhaltbarkeit lange vorher gefühlt.

Oesterreich. Zum Juristentage in Wien am 26. d. sind etwa 1000 Teilnehmer eingetroffen, ihnen gab die Stadt Wien am Sonntag im Sperl ein Abendfest, das nach übereinstimmenden Berichten in jeder Beziehung befriedigen konnte. Die Stimmung war die festlichste, die Bewirthung splendide und die Toaste zahllos. Der Antrag Hiersemenzels in Vereinbarung mit Professor Ihering dahin gehend: „Der Juristentag spricht als seine Rechtsüberzeugung aus, daß Verordnungen und Erlasse des Staatsoberhauptes oder der Staatsregierung, deren Inhalt nur in Gesetzesform mit Ständezustimmung hätten statuiret werden können, unverbindlich für den Richter sind“, wurde mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität angenommen. Die Abwesenheit Waldecks erregt allgemeines Bedauern. — Gestern (am 25. d.) Abends fand der große Fackelzug zu Ehren der Kaiserin statt. Ganz Wien war auf den Beinen.

Belgien. Brüssel, den 23. August. In der letzten Zeit waren in Belgien viele Klagen über Soldateneßesse vorgekommen; der belgische Kriegsminister, der indeß nicht, wie es sonst wohl der Fall ist, von der Ansicht ausgeht, die Ehre der Armee erfordere, daß der Soldat immer Recht behalte, tadelt in einem Tagesbefehl die von betrunkenen Soldaten gegen Bürger verübten Excesse, wobei jene von ihren Waffen Gebrauch gemacht haben, und verordnet, daß Soldaten, die sich künftig Aehnliches zu Schulden kommen lassen, die Waffen außer Dienst auf unbestimmte Zeit entzogen werden, neben den Strafen, die sie außerdem dafür treffen. Betrunkenen Soldaten soll das Taschengeld, das sie aus ihrem Sold erhalten, entzogen werden.

Frankreich. Die französischen Blätter erheben in der italienischen Frage ihren Barneruf täglich mit einem Nachdrucke und einer Nachhaltigkeit, die den Italienern mindestens den Beweis liefern, daß die französische Nation der italienischen aufrichtig das Ende der Fremdherrschaft wünscht und vor abenteuerlichen Plänen der Dynastie in Betreff Süditaliens zurückbebt. Journal des Debats sagt: „Die italienische Regierung hat ihr Möglichstes gethan, um die Krisis zu beschwören, die französische thue nun auch ihre Schuldigkeit, sie spreche ein Wort, und sie hat mehr für Italiens Heil gethan, als die italienische mit den außerordentlichen Maßregeln des Belagerungszustandes bewirken wird.“ Der Temps sagt sogar: „Wozu haben die Millionen und die Taufende von Menschenleben, die uns Italien gekostet hat, genützt, wenn wir hinterher wieder Millionen opfern sollen, um das Geschaffene zu vernichten? das wäre denn doch wahre Penelope-Politik!“ — Aus Paris (d. 25.) wird geschrieben: Sobald die Garibaldi'sche Gefahr beseitigt sein wird, wird der Kaiser ernster als je innere Reformen vom Papste beanspruchen, ohne deshalb die frühere Lieblings-Idee, Italien nach dem Programm von Villa-Franca zu gestalten, ausführen zu können. Er kann und will übrigens weder Franz II. auf den Thron bringen, noch dem Papste die Romagna, Umbrien und die Marken wiedergeben. — Der Kriegsminister, der sich mit dem Herzog von Magenta bei dem Kaiser befindet, soll bereits alles Nothige für die Organisation eines Korps von 30,000 Mann angeordnet haben, das jeden Augenblick nach Italien abgehen kann.

Italien. Turin, den 26. August. Garibaldi ist in Melito (Calabrien). Gestern zogen die königlichen Behörden wieder in Catania ein, und nahmen 800 Freiwillige gefangen. Admiral Persano ließ nach seiner Ankunft die Commandanten der beiden Fregatten verhaften, welche im Hafen lagen und sich bei Gelegenheit der Abreise Garibaldi's verdächtig benommen hatten. General Cialdini ist nach Sicilien abgereist, nachdem er sich mit Lamarmora verständigt hatte. Die letzten Nachrichten bestätigen die Ankunft Garibaldi's in Calabrien. Er scheint seine Ueberfahrt nicht einmal heimlich bewerkstelligt zu haben. Er war so sehr Herr der Situation in Catania, daß gleichzeitig mit ihm 1000 Freiwillige sich haben einschiffen und ausschiffen können. Melito, wo Garibaldi gelandet ist, ist die südlichste Stadt des Festlandes von Italien. Daß nun nicht allein Calabrien, sondern ganz Neapel bald in hellen Flammen stehen wird, kann nicht zweifelhaft sein. In Turin täuscht die Regierung sich darüber nicht. Das ganze ehemalige Königreich Neapel ist in Belagerungszustand erklärt worden, und General Lamarmora ist für Neapel zum außerordentlichen Commissarius mit denselben diktatorischen Vollmachten ernannt worden, mit welchen Cialdini für Sicilien ausgerüstet ist. So gewaltige Anstrengungen werden gegen einen einzigen Mann gemacht, weil derselbe den Gedanken der Nation verkörpert. Ob die Anstrengungen der Regierung in Neapel erfolgreich sein werden, als in Sicilien? Das wird nur davon abhängen, daß die Regierung den Zweck der Garibaldi'schen Bewegung selbst durchzuführen im Stande ist. Aber mit Waffengewalt diese Bewegung unterdrücken zu wollen, ist ein thörichtes Unternehmen. Viktor Emanuel geht nicht nach Neapel. Garibaldi wirkt in seinen Reden Rattazzi vor, er sei ein Mann ohne Treue und Glauben, der sein gegebenes Wort wiederholt gebrochen und die italienischen Interessen

bei jeder Gelegenheit verrathen habe. — Die französische Evolutionsflotte hat d. 27. d. Ajaccio verlassen; ihr Bestimmungsort ist unbekannt, man vermuthet aber, daß sie nach Neapel dirigirt wird. — In Messina sind mazzinistische Versuche zu Demonstrationen gescheitert. Admiral Persano hat die ernstesten Maßregeln veranlaßt; die italienische Flotte kreuzt in der Meerenge, um die Verbindung Garibaldi's mit Sicilien zu hindern. Cialdini ist nach Calabrien zurückgekehrt und in Sicilien durch den General Brignone ersetzt worden. Heute fand ein Zusammenstoß der königlichen Truppen mit den Garibaldianern bei Reggio (Calabrien) statt; von den letzteren wurden 42, darunter mehrere Offiziere, gefangen genommen. Die gestern hier eingetroffenen Deputirten Mordini und Fabrizio sind heute verhaftet worden; auch der Camorristenschef Calicci wurde festgenommen. — Die „Gazette uffiziale“ vom 27. d. meldet, Garibaldi marschire auf Reggio. Aus den neapolitanischen Provinzen lauten die Berichte zufriedenstellend.

Rußland. Warschau, den 23. August. Ueber Njonca theilt die „Schles. Ztg.“ unter Anderem Folgendes mit: Aus der Untersuchung ergab sich, daß Njonca seine verbrecherische That in der bereits bekannten Weise ausführte, als Beweggrund derselben den Wunsch angab, ebenso wie Nyll verhaftet und dadurch des ihm durch eine strenge Mutter, die ihm sein Geld abnahm, und üble Nachrichten bereiteten Clends überhoben zu werden. Diese Motivirung wurde durch die Untersuchung auf ihre wahre Bedeutung zurückgeführt. Njonca, der wöchentlich gewöhnlich sechs Rubel verdiente, mußte seine Einnahme allerdings mit seiner alten und verwittweten Mutter, deren einziges Kind er ist theilen; indessen hatte er sich seit einiger Zeit aus der Wohnung derselben entfernt und war mit zwei andern jungen Leuten, einem enklaffen Unteroffizier und einem Junker zusammengezogen und kürzlich hatten dieselben auch einen Emissar Mieroslawski's, einem gewissen Skrzysinski aus Krakau, in ihre Wohnung aufgenommen. Den Dolch, welcher den Kindschals der Tcherkessen ähnlich, aber von hiesiger Arbeit und reich verfilbert ist, wollte der Angeklagte von einem Kosaken für einige dreißig Kopelen, etwa zehn Sgr., gekauft haben. Die Schneide war hoch hinauf mit Strychnin vergiftet, was von vier hiesigen Untersuchungs-Kommissionen geprüft und gleichmäßig bestätigt worden ist. Der Angeklagte will von dieser Präparirung des Dolches nichts gewußt haben. — Der Gerichtshof verkündete das Urtheil, wonach Njonca des vorsätzlichen Ermordungsversuches an dem Civilchef, des Angriffs auf die Regierungsgewalt, der Theilnahme an Verschwörung und Geheimbund trotz seines hartnäckigen Leugnens für schuldig erkannt und zum Tode durch Erhängen verurtheilt wurde. Ueber die Mitschuldigen wird das Urtheil vorbehalten, die Entscheidung des heutigen Urtheils dem Truppenkommandanten überwiesen. — Der „Dziennik Powozedny“ macht bekannt, daß die Verwaltung der Post des Königreichs von dem Petersburger Post-Departement abgesondert und selbstständig unter dem Namen „Postverwaltung des Königreichs Polen“ restaurirt worden ist. Es ist dieses eine wichtige Maßregel, da der in den vierziger Jahren erfolgte Anschluß unserer Post an das Petersburger Departement, unser Postwesen um ein halbes Jahrhundert zurückgesetzt hatte, während es sich jetzt gleich allen anderen europäischen zu entwickeln Aussicht hat. — Den 27. In einer heute erlassenen Proklamation es Fürsten-Statthalters heißt es unter Anderem: „Die Regierung wird aufrührerische Bestrebungen niederhalten, die Gutgesinnten aber schützen. Vertrauet mir, wir wollen gemeinschaftlich Polens Wohl fördern, dann wird Eurem geliebten Vaterlande eine glückliche Aera sich öffnen.“ — Am 20. soll eine lange Liste, man sagt von einigen Hundert Namen, zu Nordthafen Verschworener entdeckt worden sein, und in Folge davon wurden in der Nacht vom 20. zum 21. wieder viele Verhaftungen, meist der Mittelklasse angehöriger junger Leute vorgenommen. In der Liste sollen die Namen Jaroszynski, Nyll und Njonca bereits aufgeführt gewesen sein. — Petersburg, den 22. Es geht das Gerücht von einem vereitelten Mordanschlag auf den Kaiser Alexander II. Am Vorabend vor einer in Zar'skoje Selo abgehaltenen Revue über verschiedene Garde-Regimenter seien dem Kaiser durch einen anonymen Brief die näheren Umstände des beabsichtigten Attentats verrathen worden. In Folge dessen wären bei der Revue, noch bevor der Kaiser erschienen, sämtliche Offiziere vor die Front commandirt und ihnen die Taschen durchsucht worden. Bei einem derselben wurde ein scharfgeladener Revolver gefunden und dieser Offizier soll einer der Flügeladjutanten des Kaisers sein.

Provinzielles.

Die Hagen'sche Angelegenheit macht nach Mittheilung des Herrn Prof. Lemme in Bücking an die „Breslauer Gerichtsztg.“ im Auslande ein ungemeines Aufsehen: Sie haben keine Vorstellung davon, in wie hohem Grade. Ich muß leider gestehen, man hat nicht ganz Unrecht. Die Vorschriften der Kriminalordnung (von 1805), nach welcher jemand, der ohne Grund sein Zeugniß verweigert, „dazu von seinem ordentlichen Richter durch Geld- oder Gefängnißstrafe angehalten werden soll“, besteht allerdings noch. Nach der ferner noch bestehenden Gesetzgebung muß auch angenommen werden, daß Hagen (rechtlich) ohne Grund sein Zeugniß verweigert. In soweit haben also die Gerichte zu Insterburg verfahren, wie sie nach den Gesetzen nicht anders verfahren konnten. Aber die Sache hat noch eine andre Seite; die Strafe muß, wie jede Strafe, ihr Ende haben, eine bestimmte sein. Es handelt sich zwar einerseits um eine Zwangsmaßregel; diese hat aber andererseits unzweifelhaft den Charakter einer Strafe, die für eine gesetzwidrige Handlung (die grundlose Verweigerung einer für die Rechtsordnung notwendigen allgemeinen Bürgerpflicht) ausgesprochen wird, und dieser Charakter ist der Natur der Sache nach ein so vorwiegendes, daß das Gesetz selbst nur von „Strafe“ spricht. Deshalb wurde, wie ich mich aus meiner früheren Praxis noch sehr wohl erinnere, bei manchen Gerichten, wenn ein Fall, wie der Hagen'sche, eintrat, durch ein förmliches Erkenntniß, unter Berücksichtigung der vorliegenden Umstände, und dabei namentlich der Schwere des Verbrechens, um das es sich handelte, die Strafe erkannt und in bestimmter Dauer festgesetzt; ein Verfahren, für das ich mich bei allen Gerichten, bei denen ich stand, stets entschieden ausgesprochen habe. Für dasselbe spricht auch außer dem Gesagten die Bestimmung des Gesetzes, daß „der ordentliche Richter“ des Zeugen, (also nicht derjenige, der ihn bloß abzufragen hat) die Strafe anwenden soll, wozu gegenwärtig noch der Art. 8 der Verfassung kommt. Der Charakter der Zwangsmaßregel steht auch keineswegs entgegen; es soll z. B. bei Bestörungen nach A. L. R. Th. I. Tit. 7 §. 151 der Befehl ganz auf gleiche Weise gegen fernere Störungen geschickt werden. Jedenfalls muß die Strafe, wie die Zwangsmaßregel, ein Ende haben, und zugleich eine verhältnismäßige sein; sie kann und darf nicht willkürlich ausgedehnt werden, und da glaube ich versichern zu können, daß bis zum Jahre 1848 kein preussisches Gericht einen renitenten Zeugen in einer Disziplinarsache länger als vier Wochen in Haft genommen haben. Das, und daß es sich hier wieder um eine Militärsache handelt, macht dem auch hauptsächlich das Aufsehen im Auslande.“

Schwet, 26. August. (G.) Erwähnenswerth ist es, daß in den Königl. Forsten des hiesigen und des benachbarten Stargarder Kreises in letzter Zeit mehrmals größere Waldstrecken in Feuer aufgegangen sind. Es waltet darüber kein Zweifel, daß hier böswillige Brandstiftung vorliegt. Die Förster, von denen wir mehrere sprachen, vermuthen, daß benachbarte Rätiner, denen ein Rudel wilder Schweine lästig ist, welches sich in den Forsten zeigt, den Wald angesteckt haben, um diese zu vertreiben, da die Schweine, weil sie zum Hochwild gehören, nicht geschossen werden.

Bromberg. Nach der „Bromb. Ztg.“ haben die Feudalen in dortigen Regierungsbezirk den Versuch gemacht Se. Maj. den König zu täuschen. Nach einigen Ergebenheitsäußerungen sagen sie in ihrer Adresse, welche auch Kinder unterschrieben haben, Folgendes: Möchten Ew. Maj. das Verhalten der Majorität des Abgeordnetenhauses nicht für den Ausdruck des Volkes halten, der bei den letzten Wahlen nicht zu seinem Rechte zu kommen vermochte, der aber sich Geltung zu verschaffen wissen würde, wenn in wahrhafter Weise der Sinn des Volkes zum Ausdruck käme.

Lokales.

— **Stadtverordneten-Sitzung am 27. d. Mts.** Vorsitzender Herr Kroll, Schriftführer Herr C. Wendisch, anwesende Mitglieder im Ganzen 21. — Vom Magistrat die Herren Stadträthe: Joseph und Rosenow.

Der Armenhaus-Kassen-Rechnung pro. 1862 wird die Decharge ertheilt. — Der Magistrat beantragte die Aufhebung des Marktstandgeldes, vorläufig pro 1863. — Die Verf. ist mit der Aufhebung für das nächste Jahr nicht einverstanden, ersucht jedoch den Magistrat seinen Antrag nach Ablauf der gegenwärtigen Etats-Periode (d. i. n. 1864) zu wiederholen. — Die außeretatmäßigen Kosten für die Reparatur der vier kleinen Eckrathhaushäuser sind genehmigt. Die Ausführung der Reparatur wurde als dem Rathhause nicht entprechend und unsauber bemängelt. — Die Umpflasterung der Katharinen-, Hohen- und Tuchmacher-Straße soll im nächsten Jahre erfolgen. — Zur Kenntnißnahme wird die Gemeindevähler-Liste mitgetheilt. — Die Reparatur des Weges vom dem Chaussee-Hause an der Bromberger-Chaussee bis zum Ziegeleigenen wird genehmigt und sollen die Anpflanzungen an diesem Wege vervollständigt werden. — In Veranlassung eines Besuchs des Kaufm. Herrn Gall, welches jedoch durch den Magistrat zu bescheiden ist, beschließt die Verf. den Magistrat zu ersuchen, daß für die Benützung der Aus- und Einladestellen an der Bazar-Kämpfe feste Bestimmungen entworfen werden, hiebei aber der Satz von 2 Thlr. für den Deckhalt, gleichviel, ob er einem Einheimischen, oder Auswärtigen gehöre, nicht überschritten werde. — Die Verifikation dem Antrage des Magistrats, betreffend den auf ca. 150 Thlr. veranschlagten Bau eines Stallgebäudes für das Pflanzhaus Chaussee bei. Auf Antrag des Rektor Panerrius werden 10 Thlr. zum Spaziergange für die Schüler der Knabenrealschule bewilligt. — Der Magistrat benachrichtigt die Verf., daß er Petitionen an das Herren- und Abgeordnetenhaus wegen Aufhebung des Kirchen-Patronats gerichtet habe. — Das Kgl. Appellat.-Gericht zu Marienwerder

bietet für die Benützung des Rathhauseales seitens des Kgl. Kreisgerichts während der Zeit, daß die Lokalien der letzteren ausgebaut werden, 30 Thlr. Entschädigung. Die Verf. ist mit der Entschädigung einverstanden und wird dieselbe dem Waisenhanse zugewiesen. — Die Verpachtung des Holzplazes an der St. Jakobs-Kirche wird auf 3 Jahre für 31 Thlr. jährlich genehmigt. — Die erneuerte Vorlage des Magistrats, betreffend den Bau eines neuen Gesellschaftshauses im Ziegelei-Garten, wird auf Jahr verlag. Maßgebend für die Mehrzahl der Versammlung war die Rücksicht auf den bevorstehenden Brückenbau. — Die Verf. beschließt mit Rücksicht auf ihren Beschluß vom 17. Juli cr. (S. Nr. 84 u. Bl.) wegen Ankaufs von ca. 1000 Rundhölzern den Magistrat zu ersuchen, daß derselbe für den Ankauf von 1000 — 1200 Stück Rundhölzern sofort Sorge trage und mit demselben die Bau-Deputation in der Weise beauftrage, daß sie einen Kauf abzuschließen berechtigt sei, wenn nur 6 Mitglieder anwesend und 4 von ihnen für den Ankauf stimmen. — Der nachträgliche Beitrag der Kommune für die Kreis-Gaufliebauarbeiten beträgt über 700 Thlr. — Die Petition der beiden städtischen Behörden an das Abgeordnetenhaus, betreffend die Minderung der Einquartierungslast, ist nach Mittheilung der Büreaus des Abgeordnetenhauses der Staatsregierung zur Abhilfe überwiesen. Ein Antrag des Magistrats, betreffend die Anerkennung der Nothwendigkeit die Knaben-Realschule zu erweitern, resp. ein neues Schulgebäude für sämtliche städtische Knabenschulen zu bauen, wurde mit Rücksicht auf die zur Ausführung dieses Projekts bedeutenden nothwendigen Geldmittel nicht näher in Erwägung gezogen, sondern wieder aus Rücksicht auf die brennendste aller städtischen Angelegenheiten, die Brückenfrage, verlag.

— **Zum Nationalverein.** Wenn man die Politik des jetzigen Ministeriums in ruhiger Erwägung verfolgt, namentlich die innere, dann wird man nicht sagen können, daß dieselbe geeignet sei „moralische Eroberungen“ in Deutschland zu machen. Während wir diese Thatfache auf der einen Seite nur bedauern können, begegnen wir auf der anderen Erscheinungen, welche uns mit besten Hoffnungen erfüllen für die Zukunft sowohl unseres engeren, wie weiteren Vaterlandes. Zu diesen erfreulichen Erscheinungen zählen wir auch die Kundgebungen, welche von Mitgliedern des von der reaktionären Partei gehassten und verlästerten Nationalvereins von Zeit zu Zeit ausgehen. Wir können nicht umhin unseren Lesern eine dortige Kundgebung mitzutheilen. — Spricht sie doch auch unzweifelhaft für den gesunden Sinn und die politische Bildung in Deutschland. Die Thüringer Mitglieder besagten Vereins hatten am 23. d. in Eisenach eine Versammlung. Unter ihnen war in der jüngsten Zeit die Frage angeregt worden, ob nicht das Programm des Nationalvereins, welches Preußen an die Spitze der diplomatischen Vertretung und der militärischen Leitung Deutschlands stelle, in Hinblick auf das gegenwärtige unpopuläre preussische Ministerium, eine Abänderung erleiden müsse. Beregte Versammlung hat diese Frage verneinen zu müssen geglaubt, indem man den Personenwechsel im Ministerium als einen veränderlichen betrachtete, von welchem das mit dem preussischen Volke eng verbundene Geschick Deutschlands nicht abhängen könne. Zugleich hat man in dieser Versammlung den Bestrebungen der Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses für den wahren Ausbau der Verfassung die lebhafteste Anerkennung gezollt, den Sieg des Rechtes in Preußen für Deutschlands heilige Angelegenheit erklärt und die Erwartung ausgesprochen, daß es den unerwünschten Bestrebungen des Abgeordnetenhauses gelingen werde, eine volkshülfliche Verwaltung an die Spitze des Staates zu bringen. — Bei Gelegenheit dieser Notiz gestatten mir uns die Frage: Wäre eine Versammlung der hiesigen Mitglieder des Nationalvereins an der Zeit? — An Stoff zur Besprechung kann es nicht fehlen. Nach unsrerer und unvoreingenommener Ansicht bietet das landwirthschaftliche Fest am 25. n. Mts. eine passende Gelegenheit zu einer solchen Versammlung, da an jenem Tage sehr viele Mitglieder und Freunde des Nationalvereins vom Lande hierorts anwesend sein werden, wengleich wir von vorneherein zugeben, daß für Manche eine Versammlung nach dem Fest-Diner unbequem sein könnte.

— **Der Handwerkerverein** feierte am 28. d. den Geburtstag Göthe's. Einen überraschend schönen und festlichen Schmuck verlieh dem an sich schönen Schützenhause die Masse blühender Oleanderbäume, welche in demselben aufgestellt worden waren. Die Feier eröffnete Herr Director Dr. Frowe durch eine kurze Anrede an die von Frauen, wie Männern sehr zahlreich besuchte Versammlung, in welcher derselbe sowohl die sittliche und intellektuelle Rückwirkung hervorhob, welche von solchen festlichen Akten zur Erinnerung an die Geistes-Heroen des deutschen Volkes für die Fortentwicklung des geistigen Lebens in demselben erwartet werden dürfe, als auch die Bedeutung Göthe's für das deutsche Geistesleben und seine Stellung in der Literatur charakterisirte. Demnächst hatten in wohlgeordneter Reihenfolge einige jüngere Damen und Herren die Güte Vieder vom Gefeierten, theils im Chor, theils Solo, vorzutragen, sowie epische Dichtungen desselben zu recitiren. Die Feier endete kurz vor 10 Uhr und hinterließ nach den Ausprägungen sehr vieler Anwesenden, welche Ref. vernahm, einen höchst befriedigenden Eindruck.

— **Das städtische Museum** ist in Folge des lebhaften Interesses, welches ihm heimische und Auswärtige schenken, ein Institut, und zwar in kurzer Zeit, geworden, auf welches die Kommune mit einem gewissen Stolz blicken kann. Die verschiedenen Abtheilungen desselben, welche wohlgeordnet sind, enthalten schon eine respektable Menge von Schenswürdigkeiten, was auch von Fremden anerkannt worden ist. Nur einen Mangel hatten wir neulich beim Besuche des Museums Gelegenheit zu bemerken, auf welchen wir nicht umhin können öffentlich aufmerksam zu machen. Die für das Museum hergestellte Lokalität auf dem Rathhause reicht nicht mehr aus; es kann in derselben Nichts mehr aufgestellt werden und doch besitzt die Kommune eine Menge von Del-Gemälden, welche es werth sind angemessen plazirt zu werden, die heute aber in Ermangelung eines passenden Raumes auf dem neben dem Museum liegenden Rathhauseboden untergebracht sind. Das ist der Kommune, aber auch gedachter Kunstschätze nicht würdig. Wir wenden uns daher hier an

